

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 29. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 30. August 2007

1. Abgeordnete

Michael Hüttner und
Hans Jürgen Noss (SPD)

Kampf gegen Rechtsextremismus und rechte Gewalt

Vor dem Hintergrund der Geschehnisse im sächsischen Mügeln hat das Thema Rechtsextremismus und Zivilcourage eine bundesweite Debatte ausgelöst. Auch in Rheinland-Pfalz kam es im Rahmen eines Weinfestes in Guntersblum zu einem gewalttätigen Übergriff. Erste Erkenntnisse gehen auch hier von einem fremdenfeindlichen Hintergrund aus. Bürgerinnen und Bürger haben in diesem konkreten Fall besonnen reagiert und unmittelbar die Polizei und Rettungskräfte verständigt. Ein solches Handeln und Eintreten gegen rechte Gewalt kann nicht verordnet werden, sondern muss vielmehr durch geeignete Maßnahmen gefördert und entwickelt werden. Die Landesregierung hat den Kampf gegen Rechtsextremismus seit Langem zum politischen Schwerpunkt gemacht und diverse Maßnahmen, beispielsweise zur Prävention und Aufklärung, aber auch zur Förderung von Zivilcourage, auf den Weg gebracht. In der konkreten Situation vor Ort kommt vor allem den Kommunen besondere Bedeutung zu.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zum gewalttätigen Vorfall in Guntersblum?
2. Welche Maßnahmen, Empfehlungen und Hilfeleistungen hat die Landesregierung auf den Weg gebracht, um eine stärkere Konzentration und Vernetzung der Arbeit gegen rechts-extremistische Umtriebe auf kommunaler Ebene zu erreichen?
3. Welche Maßnahmen werden von der Landesregierung als geeignet angesehen und umgesetzt, um Zivilcourage bei den Menschen zu fördern?
4. Wie bewertet die Landesregierung ein mögliches NPD-Verbotsverfahren?

2. Abgeordnete

Simone Huth-Haage
(CDU)

Tätigkeit des Staatssekretärs a. D. Roland Härtel als Spendensammler für Landesstiftungen

Ich frage die Landesregierung:

1. In welcher Höhe hat Herr Staatssekretär a. D. Roland Härtel bis heute und einzeln ausgewiesen im Auftrag der Landesregierung Zustiftungen und Fundraising für die Landesstiftungen
 - Stiftung zur Förderung begabter Studierender und des wissenschaftlichen Nachwuchses (Stipendienstiftung),
 - Stiftung Rheinland-Pfalz für Kultur,
 - Stiftung Rheinland-Pfalz für Innovationzum Zwecke der Entwicklung der Stiftungsvermögen und im Sinne der jeweiligen Stiftungsziele eingeworben?
2. In welcher Höhe hat Herr Staatssekretär a. D. Härtel für seine bisherige Tätigkeit als Spendensammler für das Land, die die Landesregierung als „freie unternehmerische Tätigkeit“ charakterisiert hat, Provisionen erhalten?
3. Sind die einmalige Zuwendung zum Aufbau der Tätigkeit des Herrn Staatssekretärs a. D. Härtel in Höhe von 7 000 €, die ausweislich der Antwort auf die Kleine Anfrage des Herrn Kollegen Hans-Josef Bracht nach Drucksache 15/354 vom Land bewilligt wurden, sowie die Teilzeitbürokräft und das zugesagte Mobiliar für die Büroausstattung ausgezahlt bzw. zur Verfügung gestellt worden?
4. Wird das Land die Tätigkeit von Herrn Staatssekretär a. D. Härtel auch in Zukunft mit Geld- und Sachmitteln und Personal unterstützen?

**3. Abgeordneter
Günter Eymael (FDP)****Reform der EU-Weinmarktordnung**

Am 4. Juli 2007 hat die EU-Kommission ihre Vorschläge für eine umfassende Reform der gemeinsamen Marktorganisation für Wein der Öffentlichkeit vorgestellt. Eine Novellierung der EU-Weinmarktordnung in der von der EU-Kommission vorgetragenen Form bedeutet gegenüber der geltenden Weinmarktordnung jedoch eine dramatische Verschlechterung und einseitige Benachteiligung der Winzer in Rheinland-Pfalz. Die in der Begründung zu den Reformvorschlägen durch die EU-Kommission angeführten Aussagen betreffen lediglich die Winzer in den südlichen Anbauländern. Im Gegensatz dazu ist das Konsumklima für Wein in Deutschland sehr gut, Weintrinken ist „in“. Gerade deutsche Weißweine erfreuen sich nach dem Rotweinboom in den 90er Jahren hoher Beliebtheit beim Verbraucher. Dementsprechend ist aus rheinland-pfälzischer und deutscher Sicht die derzeit geltende Weingesetzgebung auf EU- und Bundesebene ausreichend.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Initiativen und Gespräche hat die Landesregierung seit Verkündung des ersten Entwurfs der EU-Kommission zur Reform der gemeinsamen Marktorganisation für Wein im Juni 2006 ergriffen, um die Interessen der rheinland-pfälzischen Winzer und der rheinland-pfälzischen Weinwirtschaft in Brüssel durchzusetzen?
2. Ist die Landesregierung mit den Ergebnissen ihrer Bemühungen zufrieden?
3. Wie beurteilt die Landesregierung vor dem Hintergrund des für den 19. September 2007 angesetzten „Weingipfels“ des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau die Durchsetzungsmöglichkeiten ihrer Forderungen für die rheinland-pfälzische Weinwirtschaft?
4. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass letztlich nur der EU-Agrarrat noch Veränderungen am Entwurf der EU-Kommission zur Reform der gemeinsamen Marktorganisation für Wein durchsetzen kann?

**4. Abgeordnete
Dr. Josef Rosenbauer und
Gerd Schreiner (CDU)****Gesundheitsfürsorge beim Landesbetrieb Mobilität (LBM)**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Kürzungen oder finanziellen Einschränkungen haben die Mitarbeiter des LBM in den letzten drei Jahren hinnehmen müssen?
2. Wie viele Vorschläge für die Stelle des Gesundheitsmanagers lagen vor, wer traf letztendlich die Auswahlentscheidung, wann wurde der Vertrag unterschrieben?
3. Welche Dienstausrüstung (z. B. Home-Office, Dienstfahrzeug etc.) wurde dem Gesundheitsmanager zur Verfügung gestellt?

**5. Abgeordnete
Ulla Brede-Hoffmann und
Heike Raab (SPD)****Entwicklung der Betreuung für unter Dreijährige in Rheinland-Pfalz**

In den vergangenen Jahren hat Rheinland-Pfalz mit dem Landesprogramm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ eine Offensive beim Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige gestartet und durch das 2006 in Kraft getretene Landesgesetz zum Ausbau der frühen Förderung kommunalfreundliche Anreize gesetzt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren seit Start des Programms entwickelt (bitte nach den unterschiedlichen Betreuungsformen aufschlüsseln)?
2. Wie viele Erzieherinnen und Erzieher haben seit Beginn des Programms an Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen?
3. Wie viele Tagespflegepersonen haben sich seit Beginn des Programms qualifiziert?

**6. Abgeordnete
Hedi Thelen (CDU)**

Unmut wegen Wartezeiten auf das Elterngeld und Klagen über zu komplizierte Berechnungsgrundlagen in Rheinland-Pfalz

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum wurde erst jetzt durch einen neuen Vordruck zur Vereinfachung der Bearbeitung und zur Verkürzung der Bearbeitungszeit auf den Unmut in der Elternschaft angesichts der Wartezeiten auf das Elterngeld und die Klagen der zuständigen kommunalen Stellen über zu komplizierte und aufwendige Berechnung des Elterngeldes in Rheinland-Pfalz reagiert, statt unmittelbar nach Inkrafttreten des Elterngeldgesetzes Ende 2006 praxisgerechte Arbeitsgrundlagen bereitzustellen und für unverzügliche Berechnung und Auszahlung des Elterngeldes zu sorgen?
2. Wie kommt die Landesregierung vor dem Hintergrund der landesweiten Kritik zu ihrer Einschätzung, lediglich in Einzelfällen hätten sich Unklarheiten bzw. Schwierigkeiten ergeben?
3. Wie erklärt die Landesregierung ihre entsprechende Einschätzung insbesondere auch hinsichtlich der Wartezeiten, die nach kommunalen Erfahrungen bereits bei Versand der Formulare durch das Sozialministerium entstehen?
4. Welchen Zusammenhang sieht die Landesregierung zwischen den rheinland-pfälzischen Wartezeiten auf das Elterngeld und der viertletzten Position, die Rheinland-Pfalz bundesweit beim Anteil der bewilligten Anträge auf Elterngeld für Väter im ersten Halbjahr 2007 einnimmt (6,9 %)?

**7. Abgeordnete
Dr. Stefanie Lejeune und
Werner Kuhn (FDP)**

Housing-Initiative Rheinland-Pfalz (HIRP)

Im Rahmen der HIRP für die Standorte Kaiserslautern und Spangdahlem ist ein Wohnungsbauprogramm in Aussicht genommen, dessen Umfang allein für den Raum Kaiserslautern bis 2011 1750 Wohneinheiten umfassen soll. Nach Aussagen des US-Wohnungsamtes in Ramstein besteht demgegenüber bis 2011 kein weiterer Bedarf an Wohnraum außerhalb der US-Liegenschaften.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie erklärt die Landesregierung widersprüchliche Aussagen hinsichtlich des Bedarfs an Wohnraum und hinsichtlich des Umfangs der geplanten Errichtung neuen Wohnraums?
2. Welche Ergebnisse hat die Ermittlung des Leerstands privaten Wohnraums im Umfeld der Air Base Ramstein und der Air Base Spangdahlem durch die HIRP unter Einbeziehung der Wohnraumprognose des US-Wohnungsamtes ergeben?
3. Welche Vorsorge trifft die Landesregierung, dass die HIRP nicht zu Lasten privater Vermieter bei den Militärstandorten gehen wird?
4. Besteht vor dem Hintergrund der HIRP grundsätzlich weiterhin die Möglichkeit der Vermietung privaten Wohnraums an Angehörige der US-Streitkräfte?

8. Abgeordnete
Petra Elsner und
David Langner (SPD)

Kennzeichnung von Spielzeugen

Laut Medienberichten hat sich die Landesregierung nach mehreren bundesweiten Rückrufaktionen von Spielzeugprodukten durch die Hersteller für sichereres Spielzeug und die klare Kennzeichnung durch das GS-Zeichen eingesetzt. Im Gegensatz zu Stimmen aus der Spielwarenindustrie, die das Problem von unsicheren Spielzeugprodukten mit dem Verweis auf ein notwendiges höheres Qualitätsbewusstsein des Verbrauchers bei der Kaufentscheidung abwälzen wollen, sieht die Landesregierung die Hauptverantwortung bei den Unternehmen. So sollen die Unternehmen die dem GS-Zeichen zugrunde liegenden Prüfvorschriften als einen zentralen Baustein ihres Sicherheitsmanagements nutzen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die derzeitige Situation bei der Kennzeichnung von Spielzeugen?
2. Wie bewertet die Landesregierung die unterschiedlichen Kennzeichen und deren Aussagekraft über die Sicherheit von Spielzeugen?
3. Welche Maßnahmen schlägt die Landesregierung zur Verbesserung der Sicherheit bei Spielzeugen vor?

9. Abgeordnete
Alexander Licht und
Ralf Seekatz (CDU)

Juristische Niederlage des Landes Rheinland-Pfalz beim Verfassungsgerichtshof wegen der Erstattung anteiliger Personalkosten von kommunalen Forstbediensteten

Das Landeswaldgesetz verpflichtet das Land Rheinland-Pfalz, den Gemeinden anteilige Personalkosten für die Erfüllung sonstiger forstlicher Aufgaben durch kommunale Revierbedienstete zu erstatten. Für die Höhe der Erstattung war ursprünglich ein flächenbezogener Maßstab festgelegt. Durch Landesgesetz vom 11. April 2005 wurde rückwirkend für die Jahre 2002 bis 2004 eine personenbezogene Erstattungsregelung erlassen. Sie führt zu einer deutlich geringeren Personalkostenbeteiligung des Landes. Der Verfassungsgerichtshof hat die Unvereinbarkeit der Neuregelung mit dem Rechtsstaatsprinzip der Verfassung für Rheinland-Pfalz in seinem Beschluss am 5. Juli 2007 festgestellt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung den Beschluss des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz ein?
2. Wie beabsichtigt die Landesregierung den vom Verfassungsgerichtshof festgestellten Zahlungsanspruch der betroffenen Gemeinden umzusetzen?
3. Wie hoch sind die nun zurückzuzahlenden und bisher einbehaltenen Personalkostenanteile, jeweils für die Jahre 2002, 2003 und 2004 sowie insgesamt?

10. Abgeordnete
Hans-Josef Bracht und
Michael Hörter (CDU)

Drogenkonsum beim Techno-Festival „Nature One“

Bei Polizeikontrollen am Rande des Techno-Festivals „Nature One“ fanden sich in jedem dritten kontrollierten Fahrzeug Rauschmittel; jeder fünfte kontrollierte Fahrer soll sich sogar unter Drogeneinfluss ans Steuer gesetzt haben. Insgesamt stieg die Zahl der angezeigten Delikte auf über 900. Das nordrhein-westfälische Justizministerium hat jetzt angeordnet, Verfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende nur noch unter Auflagen – z. B. Drogenberatung, Therapie- oder Sozialstunden – einzustellen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus der Polizeibilanz des Techno-Festivals „Nature One“?
2. Mit welchen Maßnahmen will die Landesregierung die Drogenproblematik im Umfeld der Veranstaltung besser in den Griff kriegen?
3. Wie kann nach Auffassung der Landesregierung die Zusammenarbeit zwischen Landesregierung, Veranstalter, Polizei und Ordnungsbehörden verbessert werden?
4. Teilt die Landesregierung Pläne, Verfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende künftig nur noch unter Auflagen einzustellen?

11. Abgeordnete**Hannelore Klamm und
Margit Mohr (SPD)****Postdienste und Entwicklung der Postmärkte**

Bei einem Treffen haben die Spitzen der Koalitionsparteien am 20. August 2007 für den Bereich der Postdienste eine Verständigung zum Mindestlohn erzielen können.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Hält die Landesregierung die Einführung von Mindestlöhnen bei Postdienstleistungsunternehmen insbesondere auch vor dem Hintergrund einer europäischen und deutschen Liberalisierung der Postmärkte aus rheinland-pfälzischer Sicht für sinnvoll?
2. Mit welchem Zeitraum bis zur Einführung von Mindestlöhnen bei Postdienstleistungsunternehmen rechnet die Landesregierung nach der neuen Gründung des Post-Arbeitgeberverbandes AGV Postdienste?
3. Welche Postunternehmen, die Briefdienste in Rheinland-Pfalz anbieten, sind der Landesregierung bekannt?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die gefundene Verständigung zur Einführung von Mindestlöhnen im Bereich der Postdienste?

12. Abgeordnete**Hans-Josef Bracht und
Gerd Schreiner (CDU)****Zukunft der Landesbank Rheinland-Pfalz**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Geht die Landesregierung davon aus, dass unter der Führung der LBBW unter Einschluss der Sachsen LB und der West LB ein großer öffentlich-rechtlicher Bankkonzern in Deutschland entsteht?
2. Welche Schritte will die Landesregierung ergreifen, um unter diesen Umständen die Landesbank Rheinland-Pfalz als selbstständiges Institut unter dem Dach der LBBW zu erhalten?
3. Welche Folgen für die Bank-Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz und die Finanzierung der mittelständischen Wirtschaft des Landes hätte nach Auffassung der Landesregierung die Umwandlung der Landesbank Rheinland-Pfalz in einen Filialbetrieb der LBBW?
4. Welche Auswirkungen wird nach Auffassung der Landesregierung die Bildung eines großen Landesbankenkonzerns durch die LBBW mit den verschiedenen möglichen Folgen für die Landesbank Rheinland-Pfalz für die Sparkassen des Landes haben?

13. Abgeordnete**Ulla Brede-Hoffmann und
Bettina Brück (SPD)****Ausbau der Schulsozialarbeit in Rheinland-Pfalz**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich der Ausbau der Schulsozialarbeit in Rheinland-Pfalz zum Beginn des Schuljahres 2007/2008 entwickelt (bitte nach Schularten aufschlüsseln)?
2. Welche inhaltlichen Rahmenvorgaben und Standards gibt es für die Arbeit der Sozialarbeiterinnen und -arbeiter an Schulen?
3. Wie hoch ist die finanzielle Belastung der für die Jugendhilfe zuständigen Kommunen je eingerichteter Stelle für Schulsozialarbeit?

14. Abgeordnete**Fredi Winter und
Michael Hüttner (SPD)****Gäste- und Übernachtungszahlen im rheinland-pfälzischen Tourismus**

Rheinland-Pfalz gewinnt als Ausflugs- und Urlaubsziel zunehmend an Attraktivität. Steigende Gäste- und Übernachtungszahlen belegen diese Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Gäste- und Übernachtungszahlen im ersten Halbjahr 2007 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entwickelt?
2. Welche Entwicklung ist im Bereich des Fremdenverkehrs für die vergangenen Jahre insgesamt zu verzeichnen?
3. Welcher Anteil an Übernachtungen entfällt dabei auf ausländische Touristen?
4. Welche besonderen Schwerpunkt- und Ausbaupotentiale sieht die Landesregierung für die rheinland-pfälzischen Tourismusgebiete?

15. Abgeordnete
Ulla Schmidt (CDU)

Bergschäden am Zehnhäuserweg in Ruppach-Goldhausen

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum hat die zuständige Landesbehörde nicht unverzüglich gehandelt, nachdem das Landesamt für Geologie und Bergbau nach Ortsterminen am 12. August und 28. Oktober 2004 den Beginn des Bergrutsches aufgrund eines übersteilen Abbauböschungswinkels festgestellt hat und die obere Wasserbehörde bei der SGD Nord die Beeinträchtigung der Trinkwasserversorgung durch den geschädigten Tiefbrunnen „Ruberg“ befürchtet?
2. Welche Haftung für die inzwischen eingetretenen Schäden ist für das Land aufgrund der Untätigkeit der Behörden nach amtlicher Feststellung der Gefährdung entstanden?
3. Worauf stützen sich die öffentlichen Behauptungen der Landesregierung, sie habe alles Erforderliche zur Schadensminimierung getan?
4. Warum weigern sich die Behörden des Landes, Ortstermine mit den Vertretern der betroffenen Gemeinde Ruppach-Goldhausen durchzuführen und die Anliegen der Ortsgemeinde im direkten Gespräch vor Ort zu beraten?

16. Abgeordnete
Anke Beilstein,
Hans-Josef Bracht und
Alexander Licht (CDU)

Geplanter Verzicht auf die Verlegung der Hunsrückhöhenstraße (B 327)

Die Verlängerung der Start- und Landebahn des Flughafens Frankfurt-Hahn machte seinerzeit ein Planfeststellungsverfahren erforderlich. Gegenstand dieses Verfahrens war auch die Verlegung der B 327, die durch die Start- und Landebahn tangiert wurde. Der Beschluss hierzu war am 23. Dezember 2004 ergangen. Nunmehr soll in einem ergänzenden Planfeststellungsverfahren auf die Verlegung der B 327 verzichtet und der Verkehr über die B 50 und B 421 geleitet werden. Der Grund für den Verzicht auf die Verlegung der B 327 ist nach Auskunft des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau in der Erweiterung des FFH-Gebietes „Ahringsbachtal“ zu suchen. Nach Auskunft des Ministers für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Hendrik Hering, könne durch die Maßnahme eine deutliche Beeinträchtigung des FFH-Gebietes nicht ausgeschlossen werden, sodass eine Verlegung der B 327 nicht länger in Betracht gezogen werden könne.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Durch welche Behörde ist konkret die Erweiterung des FFH-Gebietes „Ahringsbachtal“ gefordert worden und wer hat sie veranlasst?
2. Durch wen und zu welchem Zeitpunkt wurden die betreffenden Flächen an die zuständige Behörde gemeldet?
3. In welcher Form hat eine Abwägung zwischen dem Schutzwert der für die Straße benötigten Fläche einerseits und der zu erwartenden Mehrbelastung für die Umwelt infolge längerer Umwege bei Nichtwiederherstellung andererseits stattgefunden?
4. Wie hoch war die Verkehrsbelastung auf dem betreffenden Teilstück der B 327 vor der Sperrung?

17. Abgeordnete
Margit Mohr und
Manfred Nink (SPD)

Neues rheinland-pfälzisches „Pendlerportal“ und Fahrgemeinschaften für Berufspendler

Seit August können sich Berufspendler in Rheinland-Pfalz unter anderem über Fahrgemeinschaften, Mitfahrerparkplätze, Fahrmodelle und Fahrtkosten auf einem „Pendlerportal“ der Landesregierung im Internet informieren.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welchen Nutzen sieht die Landesregierung in der Einrichtung von Fahrgemeinschaften für Berufspendler im Flächenland Rheinland-Pfalz?
2. Welche Vorteile erwartet die Landesregierung durch die Einrichtung des neuen „Pendlerportals“ für die Berufspendler?
3. Wie viele Mitfahrerparkplätze in welchen Regionen gibt es in Rheinland-Pfalz?
4. In welchem Umfang werden die Mitfahrerparkplätze im Land nach Kenntnis der Landesregierung bereits genutzt?

18. Abgeordnete
Erwin Rüdell und
Guido Ernst (CDU)

Kritik am Arp-Museum

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den kürzlich in der Rhein-Zeitung erhobenen Vorwurf, das neue Arp-Museum sei nicht nur zu groß, sondern auch für die falsche Kunstgattung gebaut worden?
2. Mit welchem Anteil an der Gesamtausstellungsfläche und mit welcher Kunstgattung ist der Namensgeber Hans Arp im neuen Museum vertreten?
3. Wie steht die Landesregierung zu vertraglichen Verpflichtungen, Neugüsse von Arp-Plastiken zu veranlassen und diese im Museum auszustellen?